

VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Asiens Aufstieg ist eine Chance

Je reicher die anderen, desto besser für uns.

Reiner Eichenberger



Hinreissender Erfolg: Singapur.

Langelitten viele Westler an «China-Angst»: China überhole den Westen wirtschaftlich und spiele ihn an die Wand. Nachdem sich diese Angst aufgrund der chinesischen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung gelegt hat, keimt eine allgemeinere «Asien-Angst»: In Indien (mit 1,4 Milliarden Einwohnern), Indonesien (283 Millionen), Pakistan (251), Bangladesch (173), den Philippinen (116), Vietnam (101) et cetera würden Wirtschaft und Bevölkerung schnell wachsen, wohingegen die USA (345) und die EU (448) in Schulden versinken und bald überholt würden.

Stabile Demokratien

Ängste vor diesen Ländern sind verfehlt. Es wäre nur zu schön, wenn sich ihre Wirtschaften gut entwickelten und so Hunderte Millionen Menschen aus der Armut herauskämen. Gemäss Daten des Internationalen Währungsfonds für 2022 betrug das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf im reichsten der erwähnten Länder, Indonesien, 14 700 und in Indien 8400 Dollar. China lag immerhin bei 21 400 Dollar. Sie werden Deutschland mit

64 000 Dollar, die USA mit 76 300 Dollar oder gar die Schweiz mit 86 000 Dollar nicht einholen. Umso mehr verweisen Angstmacher auf die Erfolgsländer Südkorea, Taiwan und Singapur. Südkorea hat mit 53 000 Dollar Italien, Japan und Spanien überholt, Taiwan mit 69 300 auch Deutschland sowie Österreich und Singapur mit 127 600 sogar die Schweiz.

Zwar kann man diese Zahlen relativieren. So liegen bei Umrechnungen zu laufenden Wechselkursen (ohne teils problematische Preisniveaubereinigungen) Südkorea und Taiwan noch knapp hinter Italien sowie Japan und Singapur noch hinter der Schweiz.

So oder so zeigen die Zahlen, dass es möglich ist, zum Westen aufzuschliessen. Das gilt aber nur für Länder, die über viele Jahrzehnte eine wenigstens so vernünftige Wirtschaftspolitik wie die westlichen Länder machen, und das können sie nur, wenn sie ähnlich leistungsfähige politische Institutionen haben. So haben sich Südkorea und Taiwan zu stabilen Demokratien entwickelt. In beiden Ländern gibt es ein grosses Bewusstsein, dass eine weitere Entwicklung nur mit einer weiteren Verbesserung

der politischen Institutionen möglich ist. In Taiwan wurde auch deshalb auf nationaler Ebene die direkte Demokratie eingeführt. In Südkorea wird sehr ernsthaft an der Dezentralisierung gearbeitet; Experten streiten noch darüber, ob man sich am Vorbild der deutschsprachigen Länder, und insbesondere der Schweiz, oder an Skandinavien orientieren soll.

Kleiner als der Kanton Zürich

Hinreissend ist der Erfolg von Singapur mit 5,7 Millionen Einwohnern. Viele meinen, er zeige, wie erfolgreich «gute» autokratische Systeme seien. Das ist aber ein Missverständnis. Zentral für den Erfolg Singapurs ist, dass es ein gutgelegener und flächenmässig ein Kleinststaat ist – mit 729 Quadratkilometern genau tausend Quadratkilometer kleiner als der Kanton Zürich. In Kleinststaaten haben die politischen Entscheidungsträger bessere Anreize als in Flächenstaaten, ihre Politik auf Effizienz und die Präferenzen der Bürger auszurichten. Deshalb sind die meisten Kleinststaaten im regionalen Vergleich erfolgreich und wachsen schnell zu Stadtstaaten aus, neben Singapur etwa Hongkong, die Vereinigten Arabischen Emirate, Monaco oder auch Liechtenstein. Kurz erklärt gilt Folgendes: Alle Regierungen lieben grosse Budgets. Wenn aber die Regierung eines Kleinststaates hohe Steuersätze und schlechte Staatsleistungen bietet, sinken ihre Steuereinnahmen und Budgets sehr schnell – und umgekehrt. Denn Individuen und Firmen können umso leichter ab- und zuwandern, je kleiner das Land ist.

Damit zeigen die Länder zweierlei: Die anderen asiatischen Länder werden sich langfristig nur positiv entwickeln, wenn sie den Schritt zu nachhaltiger Demokratie und ein paar anderen damit zusammenhängenden Eigenschaften schaffen: ein gutes Bildungswesen, wenig Korruption, Erfolg durch Leistung statt Gruppenzugehörigkeit. Da haben alle noch einen langen Weg vor sich.

Dabei gefährdet die Demokratisierung die Einheit. Das ist auch ein Dilemma Chinas. Heute wird China von zwei zentralisierten Organismen dominiert: Partei und Militär. Politiker, die

Karriere machen wollen, müssen deren Interessen dienen, also auf die Einheit Chinas spielen. In einem Mehrparteiensystem hingegen lohnt es sich für Politiker und Parteien, auf stärkere Autonomie ihrer Provinz oder gar Sezession hinzuwirken. Wenn hingegen die Regierung die Demokratisierung trotz sinkendem Wirtschaftswachstum nicht zulässt, steigt der Widerstand gegen die Regierung. Sie kann nur mit Repression reagieren. Das bringt Unsicherheit, wodurch die Wirtschaft noch langsamer wächst. In einzelnen Provinzen wird das Einkommen sogar sinken. Dadurch wächst der Anspruch auf Umverteilung. Die reichen Provinzen werden dagegen ankämpfen. Mit zunehmender Krise folgt Kapitalabfluss, und die Regierung führt Kapitalverkehrskontrollen ein. Das bringt gespaltene Wechselkurse, das heisst einen hohen offiziellen Kurs und einen viel tieferen Schwarz-

Stellen Sie sich vor, die USA würden verarmen. Wäre das gut für uns? Natürlich nicht.

marktkurs der eigenen Währung. Das aber bietet korrupten Politikern die beste Möglichkeit, den Staat zu plündern. Die Freunde des Regimes tauschen bei der Zentralbank eigenes Geld zum hohen Kurs in Dollars um und wechseln diese auf dem Schwarzmarkt zum tiefen Kurs zurück. Diese Geldpumpe ist praktisch der internationale Standard zur Ruinierung von Krisenländern. Diese Mechanismen gelten natürlich nicht nur für China, sondern für alle grösseren Länder ohne sehr gut austarierte föderale Institutionen. Für viele asiatische Schwellenländer lässt das nichts Gutes ahnen.

Was aber bedeutet es für den Westen, wenn die asiatischen Länder reich werden? Viele fürchten, uns drohe Arbeitslosigkeit, weil die Anbieter aus Asien bald alles billiger und besser könnten als wir. Zudem glauben sie, dass es uns automatisch schlechter geht, wenn Asien reich wird.

Gegenleistung für Exporte

Diese Ängste sind völlig unbegründet. Wenn in einem Land eine Branche wettbewerbsfähiger wird, steigt dort die Nachfrage nach Arbeit, damit die Löhne und Lohnkosten, und dadurch werden alle anderen Branchen weniger konkurrenzfähig. Ein Land kann deshalb gar nicht in allem wettbewerbsfähiger sein als ein anderes. Und uns ginge die Arbeit auch dann nicht aus, wenn wir trotzdem in allem schlechter als die Asiaten wären. Denn die Asiaten wollen – leider – eine Gegenleistung für ihre Exporte. Die damit eingenommenen Franken geben sie entweder für Käufe in der Schweiz aus oder tauschen sie in eine andere Währung um. Dadurch sinkt der Kurs des Schweizer Frankens, so dass dann Konsumenten aus anderen Ländern mehr Schweizer Güter nachfragen.

Was bedeutet es für uns, wenn die Asiaten produktiv und reich werden? Einerseits können sie uns dann mehr Güter liefern und uns noch mehr Produkte und Dienstleistungen abkaufen. Gleichzeitig schadet uns aber, dass sie mit uns auf unseren anderen Exportmärkten konkurrieren und mehr Rohstoffe brauchen, so dass diese knapper und auch für uns teurer werden. Was aber ist der Gesamteffekt aus diesen Vor- und Nachteilen? Hier bringt eine einfache Analogie mehr als sehr viel Theorie.

Stellen Sie sich vor, die USA als bisher sehr reiches Land würden verarmen. Wäre das gut für uns? Natürlich nicht. Ganz offensichtlich wäre es für uns eine wirtschaftliche Katastrophe, wenn ein reiches Land wie die USA verarmt – obwohl sie mit uns dann weniger konkurrieren und weniger Rohstoffe wegkonsumieren würden. Wenn es uns aber schadet, wenn reiche Länder verarmen, muss es auch gut für uns sein, wenn arme Länder reich werden. Je produktiver und reicher ein Handelspartner wird, desto mehr haben wir von ihm. Deshalb ist es grossartig, wenn die armen asiatischen Länder endlich reich werden.

Steigen wir wegen Überschuldung ab?

Da bleibt nur noch die zweite Angst: Steigt der Westen wegen Überschuldung ab? Die Gefahr ist tatsächlich gross. Typisch ist die Reaktion auf den Überfall Russlands auf die Ukraine. Richtig wäre gewesen, die Russen mit den Stärken des Westens in die Schranken zu weisen. Wir sind für unser System, weil wir überzeugt sind, dass es wirtschaftlich viel leistungsfähiger ist. Die natürliche Reaktion wäre also einfach gewesen, die Waffenproduktion schnell anzuwerfen. Das können aber die europäischen Regierungen grossenteils nicht mehr. Denn sie haben die enorme Leistungsfähigkeit einer relativ freien Marktwirtschaft schon selbst verspielt: durch überhöhte Steuern und Schuldenberge ohne entsprechend bessere Staatsleistungen, sprich durch Staatskonsum und Umverteilung statt Investitionen.

In den grossen EU-Staaten sind die Steuern mittlerweile so hoch, dass noch höhere Steuersätze schon mittelfristig keine zusätzlichen Steuereinnahmen mehr bringen, weil sie die Wirtschaft und Leistungsbereitschaft zu sehr strangulieren. Deshalb hat die EU ihr Pulver verschossen. Ganz anders in den USA. Da sind die Steuersätze noch so tief, dass eine Erhöhung der Steuersätze noch grosse Mehreinnahmen bringt. Für die EU droht deshalb tatsächlich der Abstieg, falls sie nicht endlich eine grosse Reform anstrebt – und ihr diese, nicht wie so viel anderes, gelingt.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von Crema – Center for Research in Economics, Management and the Arts.

Plaudernder Geheimdienstler

«Es herrscht ein hybrider Krieg», behauptete letzte Woche Christian Dussey, Chef des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) in den Tamedia-Blättern. Er erzählte allerhand Gräueltaten über russische und chinesische Spione, angebliche Desinformation, Destabilisierung, Cyberattacken und Umgehung von Sanktionen. In Wahrheit herrscht gegenwärtig weniger ein hybrider Krieg als ein Messerkrieg.

Wenn Russland heute eine Gefahr für die Schweiz darstellt, hat der Bundesrat diese Gefährdung der Bevölkerung durch die Preisgabe der Neutralität mutwillig herbeigeführt. Wenn es heute Hackerangriffe gibt – vielleicht auch von Russland –, ist dies ganz allein die Schuld unserer eigenen Regierung. Sie hat die Neutralität leichtfertig preisgegeben und sich mit einer Atommacht angelegt. Die Hauptgefahr für die Bevölkerung geht gegenwärtig von unseren Behörden aus.

Jedenfalls sollte die Aufmerksamkeit unseres Nachrichtendienstes weniger dem Ukraine-Krieg und mehr den IS-Kriegern und fanatisierten Islamisten im eigenen Land gelten. Gefährdet ist die Bevölkerung durch die unkontrollierte Zuwanderung und das heillos überforderte Asylwesen. Vor allem aber müsste Dussey ganz ohne öffentliches Getöse einfach seine Arbeit machen. Und den medialen Auftritt sowie die Stellenprozente des NDB seiner vorgesetzten Politikerin Viola Amherd überlassen. Aber diese hat einen Diplomaten statt eines Geheimdienst-Spezialisten haben wollen – und muss jetzt damit leben.

Selbstverständlich ist das Gejammer von Dussey über seinen zu knapp dotierten Dienst eine leicht durchschaubare Präventivaktion. Der NDB-Chef will sich absichern für den Fall, dass etwas Schwerwiegendes passiert. Um dann auf die Unterdotierung hinzuweisen und zu rufen: «Ich habe euch ja gewarnt!» Mittlerweile erweisen sich die letzten Jahre des NDB mit dem von Bundesrätin Amherd angestossenen «Transformationsprozess» als Scherbenhaufen. Die Mitarbeiter begehren ebenso auf wie die Kantone, welche die Unterstützung des Bundes vermissen. Viel zu reden gab, dass eine heutige Vize-Direktorin im NDB ihrem Chef Christian Dussey seinerzeit als externe Headhunterin zu seinem Posten verholpen hat.

Christoph Mörgeli